

Der Digital-Newsletter von ver.di Bayern

Liebe Leserinnen und Leser,

was Google nicht findet, existiert nicht. Aber existiert denn wirklich alles, was Google findet? Nehmen Sie E-Government: Das findet Google problemlos, doch in Deutschland müssen Sie danach suchen. Wie in fast allen Lebenslagen hilft ein Blick in den Duden. Der nimmt nur auf, was sich mindestens auf dem Weg in die Mitte der Gesellschaft befindet. E-Government kennt er seit 2013, E-Demokratie und E-Justiz allerdings bis heute nicht. Bis zu einer digitalen Verwaltung [wie in Estland](#) ist der Weg also noch weit.

Als Wegbegleiter steht zur Verfügung
Ihre
Redaktion von BayernUp2Date

Inhalt

- [Die digitale Verwaltung](#)
- [E-Government in Deutschland](#)
- [ver.di und E-Government](#)
- [Echt jetzt?](#)
- [Termine](#)

Die digitale Verwaltung

Beim E-Government, wie die digitale Verwaltung meist genannt wird, erledigen Ämter und Behörden das, was sie miteinander und mit Bürgern oder der Wirtschaft zu tun haben, elektronisch. Das soll Zeit und Geld sparen und das Personal entlasten. Weiter gefasst ist E-Government auch E-Demokratie, zum Beispiel beim Wählen übers Internet. Die [E-Justiz zieht eine klare Grenze](#) zum E-Government. Sie legt Wert darauf, „die für die allgemeine Verwaltung entwickelten Planungen nicht ungeprüft zu übernehmen“. Gesetzlich ist die digitale Verwaltung [auf Bundesebene](#) seit 2013 geregelt, [für Bayern](#) seit 2015. Die Bundesregierung hat ihr Programm „Digitale Verwaltung 2020“ nun erstmals prüfen lassen. Am weitesten sei die Bundesverwaltung bei D-Mail, elektronischem Zahlungsverkehr und Barrierefreiheit. Doch sie verzettelte sich und müsse besser zusammenarbeiten, heißt es im [Evaluierungsbericht](#).

E-Government in Deutschland

E-Government und E-Mail haben viel gemeinsam: Sie erleichtern den Alltag, wenn man sie zu benutzen weiß. Technisches Know-how ist nicht nötig, nur geeignete Infrastruktur. Weil die in Deutschland oft fehlt, kommt E-Government hier nicht voran. Nach einem [EU-Bericht](#) vom Mai 2017, zusammengefasst in der [ZEIT](#), nutzen in Deutschland nur 19 Prozent der Bevölkerung elektronische Behördendienste. Selbst bei der Steuererklärung, deren elektronische Variante der Staat dem Normalbürger durch [Fristverlängerung](#) schmackhaft machen will, wird die Papierfassung wohl noch ein paar

Jahre weiterleben. Die E-Mail hat vom ersten Versand bis zum Eintrag im Duden zehn Jahre gebraucht, dann wurde sie populär. Beim E-Government besteht also noch Hoffnung: Im Duden steht es ja schon.

ver.di und E-Government

Wer bei der Steuererklärung schon einmal vergebens versucht hat, ein rätselhaftes Feld im Elster-Formular leer zu lassen, wünscht sich seinen Finanzbeamten zurück. Und wüsste gern, warum beim Einrichten digitaler Strukturen diejenigen nicht gefragt werden, die sie verwenden sollen. Dann wäre manches wohl von vornherein einfacher. [ver.di fordert](#) nicht ohne Grund, bei der Einführung von E-Government auch die Beschäftigten und die Personalräte zu beteiligen. Vom Bundesfachbereich Gemeinden gibt es seit 2014 eine [Musterrahmenvereinbarung](#) zum E-Government, und der Fachbereich Gemeinden in NRW hat dem E-Government 2016 einen ausführlichen [Newsletter](#) gewidmet. Das zentrale Internetportal für Behördenangelegenheiten, das jetzt durch den Wahlkampf geistert, [sieht ver.di kritisch](#): Komme es wie geplant, gefährde es das Selbstverwaltungsrecht der Kommunen, die informationelle Selbstbestimmung der Nutzer und die Arbeitsbedingungen der Beschäftigten.

Echt jetzt?

Eine Erfindung des amerikanischen Design-Studenten Nate Parrott könnte auch auf deutschen Standesämtern Zeit sparen.

BayernUp2Date

Der Digital-Newsletter von ver.di Bayern

Wo heute Eltern ratsuchend herumstehen, weil sie sich einfach nicht entscheiden können, erscheinen sie künftig bestens vorbereitet mit einem regelkonformen Vornamen, den [Parrotts Algorithmus](#) für sie ersonnen hat.

Termine

- Donnerstag 14. September 2017, 11:00-16:15 Uhr, Estrel Berlin: „Digitalisierung - Herausforderungen für die Berufsbildung und Weiterbildung“. [Info und Anmeldung](#)
- 6. bis 8. Oktober 2017 (Freitag 16 Uhr bis Sonntag 13 Uhr), ver.di-Bildungszentrum „Buntes Haus“, Bielefeld: „Arbeit 4.0 - Digitalisierung und Persönlichkeitsrechte“. [Info und Anmeldung](#)
- Samstag 7. Oktober 2017, 10:30-16:00 Uhr, Gewerkschaftshaus München: „Veränderung der Arbeitswelt und Gesellschaft durch die Digitalisierung, wo sind die Chancen und welche Risiken bestehen?“ [Programm](#) und [Anmeldung](#)

An- und abmelden

Hier können Sie sich für BayernUp2Date [anmelden](#) und [abmelden](#).

BayernUp2Date drucken oder nachlesen

Im [Archiv](#) finden Sie unseren Newsletter in druckfähigem Layout (PDF) und als E-Mail-Newsletter.



Anmerkung zum ausgedruckten Newsletter:

Hinter den blauen Wörtern liegen weiterführende Links. Wer sie anklicken möchte, findet die elektronische Version des PDF im Newsletterarchiv. Der Weg dorthin: <http://www.verdi-bayern.info/digital-newsletter/BayernUp2Date-archiv.html> oder über obigen QR Code.